

Rede von Elke Koling auf dem Ostermarsch am 6. 4. 2015 in Bochum-Werne

Grenzen schließen für Waffen, Grenzen öffnen für Menschen.

Das ist das Motto der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“

Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Kaum einer von ihnen hat wegen der Abschottungspolitik Europas eine Chance, in Deutschland eine sichere Zuflucht zu finden. Gleichzeitig machen aber die aus Deutschland exportierten Kriegswaffen vor keiner Grenze halt.

Die meisten Flüchtlinge stranden in etwa in der Region aus der sie geflohen sind. Das will ich im Folgenden näher erläutern. Die meisten recherchierbaren Zahlen gehen dabei auf das Jahr 2012 zurück. In diesem Jahr war die Zahl der Flüchtlinge auf dem höchsten Stand seit 1994. Ein Hauptgrund hierfür ist und war der Syrienkrieg. Dem UNHCR zufolge waren weltweit insgesamt 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. 81 % davon lebten in Entwicklungsländern. Ein Jahr zuvor waren es 70%, d.h. die Kluft zwischen armen und reichen Ländern bei der Flüchtlingsaufnahme wird immer breiter.

Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge waren –Afghanistan, -Somalia,-Irak, -Syrien und Sudan. Im Laufe des Jahres 2013 stiegen die Zahl der fliehenden Menschen aus Syrien und dem Sudan noch einmal massiv an.

Am Beispiel Syrien wird deutlich, dass der Großteil der Flüchtlinge gar nicht erst nach Deutschland gelangt.

Von Anfang 2011 bis März 2013 sind rund 30.000 Menschen aus Syrien nach Deutschland geflohen. Die Europäische Union insgesamt hat etwa 90.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. In den Nachbarstaaten Syriens hielten sich laut UNHCR im Jahre 2013 etwa 2,6 Millionen Flüchtlinge auf. In Syrien selber zählte UNHCR im gleichen Jahr etwa 6,5 Millionen Binnenvertriebene.

Der Libanon beherbergte Anfang 2014 knapp eine Million syrischer Flüchtlinge, die Türkei rund 650.000, Jordanien 585.000, die alle binnen weniger Monate in die Länder kamen. Im Irak haben mit 225.000 syrischen Flüchtlingen doppelt soviel Syrer Schutz gesucht, wie Menschen insgesamt 2013 in Deutschland Asyl suchten. Von den irakischen Flüchtlingen mussten auf Grund der Kriegszustände dort zahlreiche Flüchtlinge wieder zurück nach Syrien fliehen.

Wie aber funktioniert diese Festung Europa, und warum kommen in Deutschland so wenige Flüchtlinge an?

Es können hier nur exemplarisch einige Beispiele genannt werden. Bis 2012 kamen sehr viele Flüchtlinge über die türkisch/griechische Grenze, sehr zum Missfallen der europäischen Innenminister. So hatte unter anderem Innenminister Friedrich die Einführung innereuropäischer Grenzkontrollen als Konsequenz angedroht.

Aus diesem Grund wurden die Grenzkontrollen zwischen der Türkei und Griechenland, d.h. an den Außengrenzen Europas massiv ausgebaut. Dies geschah und geschieht mit Hilfe der

europäischen Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen kurz FRONTEX genannt. Die Agentur soll helfen die EU-Außengrenzen so dicht wie möglich zu machen. Die Frontexbeamten aus allen EU-Staaten, dabei handelt es sich überwiegend um Polizeibeamte, unterstützen z.B. ihre griechischen Kollegen beim Aufspüren und der Festnahme von illegalen Flüchtlingen. Die Flüchtlinge werden in grenznahe Aufnahmecamps gebracht und dort teilweise monatelang festgehalten. Die Zustände in diesen Camps sind nach Auffassung von Menschenrechtsorganisationen katastrophal und mit den fundamentalen Menschenrechtsstandards unvereinbar. Hierzu gibt es eindrucksvolle Dokumentationen bei ARTE.

Die gesamte griechische Flüchtlingsabwehr wird fast ausschließlich von der EU finanziert. 222.576 Millionen Euro stellte die EU alleine von 2011 bis 2013 Griechenland dafür zur Verfügung.

Außerdem wurden vermehrt durchaus Asylberechtigte durch sogenannte Push-back Methoden in ihr Herkunftsland zurückgedrängt. Mit Gewalt werden die Flüchtenden von den Grenzbeamten, also auch von den Frontexbeamten überwiegend in die Türkei (oder auf dem Meer, dort gibt es diese Methode auch, an die nordafrikanische Küste) zurückgedrängt. Vor allem Flüchtlinge aus Syrien sind an den Europäischen Außengrenzen in Griechenland Opfer solcher Push-Back Methoden geworden.

Hierzu hat Pro Asyl 2013 in Brüssel einen Bericht veröffentlicht.

Um die Grenzen effektiv zu schließen, gab die Europäische Union außerdem zwischen 2007 und 2013 fast zwei Milliarden Euro für Zäune aus. Für die Verbesserung der Asylverfahren wurde im gleichen Zeitraum 700 Millionen Euro ausgegeben.

Konnten 2011 noch 55.000 und besonders Anfang 2012 noch 30.438 Flüchtlinge über diese Grenze nach Europa gelangen waren es 2013 lediglich 1122!!!!!!!

Insgesamt lässt sich die EU diese Grenzabwehr einiges kosten.

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex konnte ihr Budget in den zehn Jahren ihres Bestehens in raschen Schritten erhöhen und kostet inzwischen 86 Millionen Euro jährlich – weitere 20 Millionen sollen demnächst folgen.

Das neue Grenzüberwachungssystem System „Eurosur“ (European Border surveillance system), was Anfang Dezember 2013 in Betrieb ging, liegt nach Brüsseler Rechnung bei 338 Millionen. Es dient zur Verbesserung der Überwachung, d.h. die Flüchtlingsabwehr der südlichen und östlichen Außengrenzen der EU.

Die Schließung der Landgrenzen hat fatale Folgen. Die Fluchtrouten haben sich zum Teil wieder auf die gefährlichen Seewege verlagert. So kam die Bootskatastrophe von Lampedusa im Oktober 2013 mit fast 400 Toten nicht von ungefähr.

Nach dieser Flüchtlingskatastrophe initiierte die italienische Regierung die Maßnahme „Mare Nostrum“ und überwachte mit Hilfe ihrer Marine das italienische Meer. Diese Maßnahme war auch alles andere als unumstritten aber immerhin: Mehr als 12.000 Flüchtlinge konnten

zwischen November 2013 und März 2014 auf diese Weise nach Auffassung von italienischen Flüchtlingsorganisationen gerettet werden.

Im November 2014 hat die EU-Mission Triton die Aktion Mare Nostrum abgelöst. Mare Nostrum stand sowie schon bei den europäischen Grenzschützern bereits in der Kritik. [Frontex-Chef Gil Arias-Fernández sagte im Herbst 2014 im „Tagesspiegel“](#): „Es ist eine Tatsache, dass die Schlepper wesentlich mehr Flüchtlinge auf ihren Booten unterbringen und diesen weniger Lebensmittel, Wasser und Benzin mitgeben, seit Mare Nostrum eingerichtet wurde. Sie missbrauchen die Operation.“

Was wird mit der neuen europäischen Aktion „Triton“ anders?

Oberstes Ziel ist die Überwachung der Grenzen - und nicht das Aufspüren von Flüchtlingsbooten. „Der Fokus wird auf dem Grenzschutz liegen“, sagt eine Frontex-Sprecherin. Das Budget beträgt monatlich knapp 3 Millionen Euro - das ist nur ein Drittel von „Mare Nostrum“.

Auch die nordafrikanischen Anrainerstaaten wie Libyen, Tunesien, Algerien und Ägypten sollen in das Eurosur System eingebunden werden. Libyen hat als eines der ersten Länder diesbezüglich mit der EU kooperiert. Mit der vom EU Parlament genehmigten „Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzschutzmanagements in Libyen“ soll Flucht und Migration aus dem Land verhindert werden. In dem riesigen Flüchtlingslager Coucha an der libisch-tunesischen Grenze warten Asylsuchende seit langem auf die Weiterfahrt nach Europa.

Wer es trotz all dieser widrigen Umstände als Flüchtling geschafft hat, in Deutschland anzukommen, kann deshalb nicht davon ausgehen einen Asylantrag zu stellen oder gar Asyl zu erhalten, auch wenn er ausreichende Asylgründe hat. Seit Anfang 2014 gilt Dublin III, die europäische Zuständigkeitsregelung für Asylsuchende. Diese Verordnung wurde auf Druck von Staaten wie Deutschland und Frankreich durchgesetzt. Die Vereinbarung sieht im Wesentlichen vor, dass der Asylantrag eines Flüchtlings nur in dem Land bearbeitet wird, das die Einreise ins „Dublin-Gebiet“ zugelassen hat. Als Beleg dafür gilt die Erteilung eines Visums, die Speicherung in der europäischen Fingerabdruckdatei oder die Stellung eines Asylantrags, gegebenenfalls aber auch eine Rechnung oder ein Flugticket. Für über 32% der Asylsuchenden in Deutschland erklärte sich Deutschland im Jahre 2013 nicht zuständig. Anfang 2014 waren es sogar 46,6 %. Hauptbetroffene waren tschetschenische Asylsuchende. Ihre Asylanträge wurden beschleunigt bearbeitet und in 10.700 von 12.300 Fällen ohne inhaltliche Prüfung über die Dublin-Verordnung erledigt, (d.h. die Flüchtenden in das Land zurückgeschickt, über das sie eingereist sind.)

Deshalb fordern wir:

Schluss mit der Festung Europa. Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, aber nicht insofern, als dass es Soldaten und Waffen in die Welt schickt, sondern, in dem es schutzbedürftige Flüchtlinge aufnimmt.